

## Salzburgs Landesregierung ruiniert Wohnbauförderung

Mit einer üppigen Auszahlungsgebarung, die selbst teuerste Einfamilienhäuser berücksichtigt, fährt Salzburgs Landesregierung die Wohnbauförderung gegen die Wand. Die Ursache ortet FPÖ-Landespartei-Vize Volker Reifenberger im neuen „Husch-Pfusch-Wohnbauförderungsgesetz“.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

# Islamisten-Terror nicht unterschätzen

HC Strache warnt vor dem Überschwappen der Attentate nach Österreich

S. 2/3



## Die teuren Folgen der „Willkommenspolitik“

Schon fast die Hälfte der Mindestsicherungsbezieher in Wien sind Ausländer – S. 4/5

### Rot-grüner Kandidat

Mit der nun offiziellen „Sach- und Mitarbeiter-Spende“ der SPÖ ist Alexander Van der Bellen seinen Unabhängigkeitsstatus engtügig los. Die FPÖ fordert die Einrechnung der SPÖ-Leihgaben in die Wahlkampf-kostenabrechnung des Präsidentschaftskandidaten.

S. 7

### Genosse Erdogan

Europas Genossen wollen an den Beitrittsgesprächen der Türkei festhalten. Denn sie sorgen sich, dass Türkei-Präsident Erdogan den Auslandstürken empfehlen könnte, den Sozialdemokraten bei Parlamentswahlen kein Stimmengabe zu geben.

S. 8/9

### Rote Kontrollpleite

Jahrelang haben die zuständigen SPÖ-Stadträte bei den Förderungsbetrügereien von Kindergartenvereinen tatenlos zugesehen. Nach dem Förderungsentzug für den Verein „Alt Wien“ stehen nun über 2.000 Kinder ohne Kindergartenplatz im Herbst da.

S. 11

### ORF-Postenschacher

Im ORF haben SPÖ und ÖVP noch das Sagen wie zu alten Zeiten der großen Koalition. Diese Macht haben sie jetzt bei der Wahl des ORF-Generalintendanten wieder einmal – gegeneinander – ausgespielt. Wrabetz bleibt dank Grünen und NEOS im Amt.

S. 14



AUS DER  
REDAKTION

Andreas Ruttinger  
andreas.ruttinger@fpoe.at

Die Reallöhne in Österreich sind in den vergangenen Jahren schwächer gestiegen als in allen anderen Industrieländern. Das zeigte eine Analyse der OECD Anfang Juli. Die Stundenlöhne sind zwischen 2007 und 2015 pro Jahr um satte 0,4 Prozent gewachsen: Bei einem Nettostundenlohn von zehn Euro bedeutet dies einen Lohnanstieg von sensationellen 30 Cent in acht Jahren.

## Steuer-Nimmersatt

Die Mär vom „reichen Land“ zerbröckelt an der Untätigkeit der rot-schwarzen Koalition. Diese hat laut EU seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise die wenigsten Reformen aller 28 Mitgliedstaaten umgesetzt.

Allein durch die „versteckte Steuererhöhung“ über die „kalte Progression“ hat der Staat jedem mittleren Einkommensbezieher in den letzten fünf Jahren 1.000 Euro extra abgeknüpft, berechnete das unabhängige Wirtschaftsforschungsinstitut Agenda Austria. Während alle Gebühren, die der Staat von seinen Bürgern kassiert, an die Inflation angepasst – sprich erhöht – werden, unterlassen es Rot und Schwarz tunlichst, diese Valorisierung bei der Lohn- und Einkommenssteuer vorzunehmen und die Steuertarife dementsprechend zu erhöhen.

Bis 2021 summiert sich die Mehrbelastung der Bürger durch diese „versteckte Steuererhöhung“ auf 6,2 Milliarden Euro – mehr als das Doppelte dessen, was SPÖ und ÖVP den Steuerzahlern über ihre „Steuerreform“ heuer „geschenkt“ haben.

Aber wer auf der Ausgabenseite nicht sparen kann, muss auf wachsende Einnahmen, also höhere Steuern schießen. Und das tun Rot und Schwarz seit 2008.

# FPÖ für Maßnahmen gegen

## HC Strache warnt vor Unterschätzen der Terrorgefahr - Hofer mahnt Anka

**E**dogans Mobilmachung der Auslandstürken und die jüngsten islamistischen Anschläge in Europa dominierten die letztwöchige Pressekonferenz von FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache: „Das Multi-Kulti-Experiment ist gescheitert. Wir müssen jetzt gegen Integrationsverweigerer und die Terrorgefahr energischer vorgehen!“

„Heute sind einige linke Trümer zur Realität gekommen. Sogar SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern kopiert und zitiert mich samt meinem Satz, den ich seit elf Jahren predige: Wer sich nicht an die Hausordnung hält, muss gehen“, zeigte sich der FPÖ-Bundesparteiobmann erfreut über den Meinungsschwenk Kanzler Kerns nach den „Pro-Erdogan-Demonstrationen“ und dem Anstieg der Ausländerkriminalität in Österreich.

Kern habe damit den Fehler des vergangenen Jahres erkannt, nämlich die staatliche Schlepperei seines Vorgängers Werner Faymann als Chef der ÖBB maßgeblich mit zu unterstützen. „Diese Multikulti-Experimente sind gescheitert“, erklärte HC Strache, um zugleich Kritik an der „Lernresistenz“ der Grünen zu üben. Deren Vorschlag, Erdogan-Gegnern Asyl zu gewähren, würde die innertürkischen Konflikte in Österreich anheizen und „ins Chaos führen“, warnte der FPÖ-Chef.

### Unterschätzte Terrorgefahr

Denn Österreich habe ohnehin schon mit der gestiegenen Terrorbedrohung, die mit der „Willkommenspolitik des Jahres 2015“ importiert worden sei, zu kämpfen.

„Die Gefahr ist nicht vorbei, im Gegenteil“, betonte HC Strache. Denn es handle sich hierbei nicht um „eine Epidemie an psychisch erkrankten, kriminellen Verbrechern quer durch Europa“, wie viele Medien darzustellen versuchten. Diese Vorfälle hätten einen religiösen Fanatismus und Islamismus in einer bisher in Europa unbekannt Dimension als Ursache: „Nicht jeder Moslem ist ein Terrorist, aber leider war fast jeder Terrorist in den letzten zehn Jahren ein Moslem.“

### Dschihadisten in Haft nehmen

Gegen diese terroristischen Bedrohungen müsse auch Österreich entschlossen mit Maßnahmen entgegenreten. Terroristennester gehörten rigoros ausgehoben, und wer sich für Terrorismus rüste, wer ihn gutheißt, verherrlicht und dazu aufrufe, der gehöre ins Gefängnis, forderte HC Strache. Das bedeute in der Folge, dass jeder, der sich der Integration verweigere und unsere Gesellschaft ablehne, auch nicht mehr mit der Staatsbürgerschaft belohnt und keine Sozialleistungen mehr erhalten solle. „Und wer aus dem Dschihad heimkehrt, der hat auch die Staatsbürgerschaft zu verlieren und bei seiner Ankunft in Österreich konsequent in Untersu-



Foto: NFZ

FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache fordert verschärfte Maßnahmen gegen

„chungshaft genommen zu werden“, erklärte der FPÖ-Bundesparteiobmann.

Dass diese sich derzeit in Österreich frei bewegen könnten und nur „unter Beobachtung“ des Verfassungsschutzes stünden, könne er nicht verstehen. „So viele Verfassungsschützer haben wir doch gar nicht, um alle zurückgekehrten Terrorschüler des Islamischen Staates zu beobachten. Diese ‚Terrorprävention‘ von SPÖ und ÖVP ist absolut unverantwortlich gegenüber der Bevölkerung!“, empörte sich HC Strache.



SPITZE FEDER SPÖ-Kanzler Kerns „Think Tank“.

### IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –  
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;  
Freiheitlicher Parlamentsklub,  
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Herbert Kickl  
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at  
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at  
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;  
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);  
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW  
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450

Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

# Islamistenterror

ra, Auslandstürken nicht weiter aufzuhetzen



er warnt der Unterschätzung der Islamisten-Terrorgefahr in Österreich. Er ist Unterstützer des IS-Terrors und gegen Dschihad-Rückkehrer.

## Entschuldigung Ankaras

Scharfe Kritik an den offiziellen türkischen Reaktionen gegenüber Österreich übte der freiheitliche Bundespräsidentschaftskandidat Norbert Hofer: „Wenn der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu wirklich meint, er müsse Österreich als ‚Zentrum des radikalen Rassismus‘ beschimpfen, so ist dies auf das allerschärfste zurückzuweisen.“

Er erinnerte daran, dass in den letzten 30 Jahren unzählige Millionen in Integrationsmaßnahmen geflossen und türkische Vereine un-

terstützt worden seien. Doch nun würden die Konsequenzen der völlig ignorierten Integrationsverweigerung spürbar. „Das wird nicht nur durch die Übertragung des inner-türkischen Konflikts auf Österreichs Straßen deutlich, sondern es drohen bestehende Parallelgesellschaften sich nun zu gefährlichen Gegengesellschaften entwickeln“, warnte Hofer. Er forderte daher umgehend eine Entschuldigung und Klarstellung Ankaras ein, auch um das aufgeheizte Klima unter den türkischen Einwanderern in Österreich wieder zu entspannen.

## AUFSTEIGER



Der freiheitliche Präsidentschaftskandidat **Norbert Hofer**, der die Forderung der Grünen nach einem Asyl für alle Erdogan-Gegner ablehnt, weil damit die innertürkischen Konflikte in Österreich verschärft würden.

## ABSTEIGER



Der unabhängige rot-grüne Präsidentschaftskandidat **Alexander Van der Bellen**, der trotz der jüngsten Attentate das „Wir schaffen das“ der deutschen Kanzlerin Merkel noch immer bewundert: „Das muss ihr einmal jemand nachmachen.“

## KURZ UND BÜNDIG



## Nicht im Interesse der Bürger

Halbwahrheiten und Unterstellungen – siehe „Öxit“ – sowie das Herumgeeiere in ganz entscheidenden Fragen für die Zukunft Österreichs seien ein politischer Fixpunkt in der Politik der Grünen, konstatierte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl (Bild) zum Auftritt von Grünen-Chefin Eva Glawischnig im montägigen ORF-„Sommergespräch“. „Damit gleicht sie dem grün-roten Bundespräsidentschaftskandidaten Alexander Van der Bellen. Bei beiden kann man sich darauf verlassen: Die Interessen der Österreicher stehen hinten.“

## Und noch eine Abgabe erhöht

Bereits im Dezember 2015 besiegelte ÖVP-Minister Andrä Rupprechter beim Rat der EU-Umweltminister faktisch das Aus für Dieselfahrzeuge in Österreich. „Dass sich der Umweltminister jetzt für eine Erhöhung der Dieselsteuer einsetzt, ist somit konsequent, inhaltlich jedoch grundfalsch und ein enormer Schaden für die österreichischen Autofahrer und den Wirtschaftsstandort“, kritisiert die FPÖ-Europaabgeordnete Barbara Kappel. Damit habe Österreich jetzt die zweithöchste Pkw-Abgabenquote der EU.



## Mietrechtsreform-Pleite

„Als gelernter Österreicher hätte es ja verwundert, wenn die Regierungsparteien sich in einer so wichtigen Frage wie dem Mietrecht endlich geeinigt hätten“, kommentierte FPÖ-Bautensprecher Philipp Schrangl (Bild) das Scheitern der dreijährigen Verhandlungen zur Mietrechtsnovelle zwischen SPÖ und ÖVP. Schau so der „New Deal“ von SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern aus? „Derartige ‚G’schaftln‘ zwischen SPÖ und ÖVP gibt es bereits im Übermaß. Was die Österreicher brauchen, ist ein neues, ausgewogenes Mietrecht, mit dem Wohnen wieder leistbar wird“, betonte Schrangl.



**BILD DER WOCHE** Das Kontrollversagen der SPÖ-Stadträte in Wien kostete über 2.000 Kindern ihren Kindergartenplatz.

## „Sozialleistungen nur noch für Staatsbürger!“

Im NFZ-Interview kritisiert FPÖ-Sozialsprecher Herbert Kickl die teuren Folgen der ungehemmten Einwanderungspolitik der rot-schwarzen Koalition. Er fordert in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik die vorrangige Berücksichtigung österreichischer Staatsbürger.

Herr Generalsekretär Kickl, sehen sie sich in ihren Warnungen vor einer „Zuwanderung in den Sozialstaat“ jetzt durch die Bundesregierung bestätigt?

Kickl: Die jetzt vom Familienministerium und der Stadt Wien auf freihandlichen Druck herausgerückten Zahlen bestätigen nur eines: Die von SPÖ und ÖVP betriebene – und von den Grünen freudig unterstützte – unkontrollierte Zuwanderung hat auf dem Arbeitsmarkt und im Sozial-

system zu einem „Finanzausgleich“ der besonderen Art geführt. Jetzt fließt das Geld

von den Österreichern zu Migranten und Asylanten.

Welche Maßnahmen fordert hier die FPÖ ein?

Kickl: Bei der Mindestsicherung muss in Zukunft ganz klar zwischen Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern, dazu gehören auch EU-Bürger, differenziert werden. Sozialleistungen sollen letztlich nur noch Staatsbürgern zustehen. Das kann man sofort einleiten, indem man in einem ersten Schritt die Einführung eines „Herkunftslandprinzips“ bei Sozialleistungen beschließt, also die Höhe der Bezüge an das angelegene Land, was der Ausländer in seiner Heimat erhalten würde.

Erwarten Sie hier keinen Widerspruch aus der EU?

Kickl: Der EuGH hat bereits eine Klassifizierung bei diesen nationalen Sozialmaßnahmen zwischen Staatsbürgern und EU-Bürgern zugelassen. Daher erwarte ich aus Brüssel keine Widerstände.

Und wie soll den Österreichern geholfen werden, die von der Mindestsicherung leben müssen?

Kickl: Wir haben Rekordarbeitslosigkeit. Der erste Schritt muss daher sein, die Österreicher wieder in Beschäftigung zu bringen. Das bedeutet, entsprechende Qualifikationsmaßnahmen zu setzen, aber auch den Verdrängungswettbewerb zu stoppen und den heimischen Arbeitsmarkt zu schützen. Letzteres wäre über eine Zugangsbeschrän-

„Ein Finanzausgleich zwischen Österreichern und Zuwanderern?“

kungen in jene Bereiche des Arbeitsmarkts zu erwirken, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten ist.

Dieser Einwanderungsstopp in den österreichischen Arbeitsmarkt würde infolge auch die Zuwanderung in unser Sozialsystem beenden.

Die Koalition überlegt bereits Verschärfungen bei der Mindestsicherung...

Kickl: Dass man angesichts dieser Zahlen einzig die angebliche Arbeitsunwilligkeit von heimischen Arbeitslosen zum „Einer-Thema“ macht und nur eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen als großen Schritt präsentiert, ist eine klassische Themaverfehlung der Koalition. Das ist nichts anderes, als mit einem Teesieb eine volle Badewanne ausschöpfen zu wollen - viel bürokratischer Aufwand und damit verbundene Mehrkosten bei minimalem Erfolg. Aber so funktioniert eben das rot-schwarze „Erfolgsmodell“.

schöpfen zu wollen - viel bürokratischer Aufwand und damit verbundene Mehrkosten bei minimalem Erfolg. Aber so funktioniert eben das rot-schwarze „Erfolgsmodell“.



Thema der Woche

Die „Willkommenspolitik“ von Rot-Schwarz auf Bundes- und Rot-Grün

## Einwanderung in d

In der Bundeshauptstadt Wien stellen Ausländer b

Das Familienministerium und die Stadt Wien haben letzte Woche den vielkritisierten FPÖ-Vorwurf der „Zuwanderung in den Sozialstaat“ bestätigt. Im offenerzigsten Zuwanderungsbundesland Wien stellen Ausländer bereits rund die Hälfte der Mindestsicherungsbezieher – und es werden, dank der „Willkommenskultur“, noch mehr.

„Österreich ist ein Einwanderungsland. Diesem Umstand verdankt die Republik zu einem großen Anteil sein wirtschaftliches Wohlergehen“, lautet das Credo der Grünen in Sachen Migration, das von SPÖ und ÖVP uneingeschränkt übernommen worden ist. Schöne Scheinwelt.

In der Realität sieht dieses „wirtschaftliche Wohlergehen“ etwas anders aus. Der monatlich verlautbarte Arbeitslosenrekord nährt sich jetzt nur noch aus der ungebremst steigenden Anzahl ausländischer Arbeitsloser. Aber das bedeutet für diese noch lange keinen Grund, in ihre Heimat zurückzukehren oder sich in einem anderen EU-Land nach Arbeit umzusehen, wächst in den meisten EU-Ländern doch die Arbeitskräftenachfrage – nur nicht in Österreich, dank der rot-schwarzen Koalition.

### 40 Prozent Kostenanstieg

Die Anfrage des steirischen FPÖ-Abgeordneten Günther Kum-

pitsch und die auf FPÖ-Druck herausgerückten Zahlen der Stadt Wien haben die zunehmende Einwanderung in den Sozialstaat dramatisch aufgezeigt. Nicht nur beim Arbeitslosengeld, sondern auch bei der Mindestsicherung und dem Kindergeld steigt die Zahl ausländischer Bezieher dramatisch an.

Zwischen 2012 und 2014 stieg die Zahl der jährlichen Bezieher der Mindestsicherung um 16 Prozent auf 256.405 Personen, die Kosten schwollen laut Statistik Austria gar um 25 Prozent auf 673 Millionen an. Im Vorjahr beliefen sich die Ausgaben der neun Bundesländer für die Mindestsicherung auf bereits 870 Millionen Euro.

### Rot-grünes „Wien wächst!“

Besonders dramatisch der Anstieg im rot-grünen „Willkommensparadies“ Wien. Bereits 42,87 Prozent aller Bezieher einer Mindestsicherung sind in Wien keine Österreicher. Unter diesen 76.839 Ausländern stellen die Bezieher



uf Wiener Landesebene beschert den Österreichern einen Einwanderungsboom in den Sozialstaat.

# en Sozialstaat explodiert

ereits die Hälfte der Bezieher von Mindestsicherung und Kindergeld

mit ungeklärter Staatsbürgerschaft mit 16.712 Personen die größte Gruppe, gefolgt von türkischen Zuwanderern mit 9.815 Personen. An einer Eruiierung der Herkunft ihrer Sozialleistungsbezieher scheint Rot-Grün also wenig interessiert.

Zur Erinnerung: Im Jänner 2014 verlautbarte eine Studie des Sozialministeriums, dass der Anteil nicht-österreichischer Sozialgeld-Empfänger in „urbanen Zonen“ bei 27,7 Prozent liege. Keine zweieinhalb Jahre später sind es laut rot-grüner Stadtregierung in Wien bereits 42,87 Prozent.

Heuer wird allgemein mit einem weiteren Anstieg gerechnet. Rund 64.000 der 90.000 im Vorjahr eröffneten Asylverfahren wurden nämlich noch nicht entschieden.

## Verquere Geburtenzunahme

Während Rot-Grün das augenzwinkernd mit der Parole „Wien wächst!“ zur Kenntnis nimmt, hat die schwarz-blaue Landesregierung in Oberösterreich gehandelt. Die Mindestsicherung für Flüchtlinge wird von 914 auf 520 Euro gekürzt, um diesen Einwanderungsanreiz zu minimieren.

Noch dramatischer sind die Umwälzungen durch die schrankenlose Zuwanderung beim Kindergeldbezug. Von den insgesamt 206.548 Beziehern des Vorjahres waren 71.308 – also rund ein Drittel – keine Österreicher sondern Einwanderer (auch aus EU-Staaten), Asylberechtigte sowie subsidiär Schutzberechtigte mit einem befristeten Aufenthaltstitel.

Und auch hier nimmt das rot-grüne Wien wieder eine herausragende Stellung ein: Mehr als die Hälfte des 2015 in Wien ausbezahlten Kindergeldes ging im vergangenen Jahr an Nicht-Österreicher. Von den insgesamt 177,3 Millionen Euro flossen 53 Prozent – fast 94 Millionen Euro – an Personen ausländischer Herkunft. Für die Grünen, die in Wien eifrig mitregieren dürfen, kein Grund zur Änderung der Zuwanderungsbedingungen. Im Gegenteil: „Eine Einschränkung der Zuwanderung hauptsächlich auf Hochqualifizierte ist unsinnig. Hochqualifizierte machen nur einen geringen Prozentsatz der staatlichen Zuwanderung aus.“

Stimmt, nur das schlägt sich dann halt bei den Sozialausgaben nieder. Hauptsache „Wien wächst!“ – und der Schuldenberg mit.



MINDESTSICHERUNGSBEZIEHER (WIEN)

In der Bundeshauptstadt kulminieren die Folgen der unkontrollierten Zuwanderungs- und „Willkommenspolitik“ in der Mindestsicherung.



Anneliese Kitzmüller  
FPÖ-Familiensprecherin

POLITIK  
ANALYSIERT

Während die Armutsgefährdung österreichischer Familien in den letzten Jahren dramatisch zugenommen hat, fließt bereits ein Drittel des Kindergeldes an Ausländer und Asylanten. Das förderte die jüngste Anfrage meines Kollegen Günther Kumpitsch an das Familienministerium zu Tage.

## Wohin fließt unser Kindergeld?

Die soziale Treffsicherheit von Familienleistungen ist aus der Perspektive österreichischer Familien nicht mehr gegeben.

Väter und Mütter sichern das Sozialsystem durch ihre Beiträge und garantieren dessen Zukunft durch ihre Kinder. Der Dank der rot-schwarzen Bundesregierung für diese Doppelbelastung hält sich in engen Grenzen. Stattdessen wird die Willkommenskultur im Bereich der Familienleistungen umso ausgiebiger zelebriert: Ein Drittel, in Wien bereits die Hälfte des Kindergeldes fließt an Ausländer. An Menschen, die vielfach wenig oder im Extremfall nichts für unsere Gesellschaft geleistet haben.

Natürlich ist jedes Kind gleich viel wert, aber Gerechtigkeit sieht wohl dennoch anders aus. Leistung muss sich lohnen. Das bezieht sich auch auf die Herausforderung und Berufung, eine Familie zu gründen und dauerhaft zu erhalten.

Familien leben bereits die größte Solidarität mit unserer Gesellschaft. Sie auch noch zur Solidarität mit dem Rest der Welt zu verpflichten, ist geradezu zynisch. Doch genau das scheint der Kurs der Bundesregierung zu sein.

Wir Freiheitliche wollen Familienleistungen für unsere Familien ausbauen und für die Zukunft sichern. Soziale Politik beginnt im eigenen Land.



HOHES  
HAUS

Norbert Nemeth  
Clubdirektor der FPÖ

Die vom Verfassungsgerichtshof angeordnete Wiederholung der Stichwahl um das Amt des Bundespräsidenten ist auch in der Sommerpause das bestimmende Thema. Wird der verpuffte Kern-Effekt Hofer die Wahl gewinnen lassen? Haben die Terrorakte von Nizza bis Bayern die Stimmung für die FPÖ weiter befeuert?

## ÖVP ohne Potenzial

Aufgefallen ist, dass die Regierungsparteien sich mehr oder weniger hinter Van der Bellen stellen. Von der SPÖ hat man nichts anderes erwartet. Aber auch von der ÖVP kommen Signale in diese Richtung über ein Bündnis von schwarzen Bürgermeistern, bei dem auch die (gescheiterte) Ex-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner mit von der Partie sein soll.

Will die ÖVP so ein weiteres Erstarken der FPÖ um jeden Preis verhindern? Eine Wahlanalyse der steirischen FH Joanneum ortet eine treue FPÖ-Wählerschaft, aber für die Volkspartei kaum noch Entwicklungspotenzial.

„Legt man über diesen Befund einer blauen Verfestigung in der Wählerlandschaft jene in der Publikation von Experten des Sozialwissenschaftlichen Institutes Sora analysierten Wählerströme darüber, scheint sich in erster Linie für die ÖVP eine durchaus dramatische Zukunft abzuzeichnen“ berichtete „Der Standard“.

Warum ausgerechnet ein grüner Bundespräsident an dieser Prognose zugunsten der ÖVP etwas verändern soll, ist schleierhaft. Die Österreicher wollen selbst entscheiden, mit wem sie unter welchen Spielregeln zusammenleben. Wer das beherzigt, wird beim Wähler punkten.

## KULTURPOLITIK

### Kunst- und Kulturbericht 2015

Als „Handbuch künstlerischer Möglichkeiten“, das zur intensiven Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur einlädt, möchte Kulturminister Thomas Drozda den neuen Kunst- und Kulturbericht 2015 verstanden wissen. Erstmals wurde detailliert die Verwendung öffentlicher Mittel für Kunst und Kultur präsentiert. Insgesamt wurden 2015 vom Bund Fördermittel in der Höhe von 410,29 Millionen Euro vergeben, um 15 Millionen weniger als 2014.



## VERKEHRSPOLITIK

### Mehr Bahnreisen

Im Bahn-Personenverkehr wurden laut dem Jahresbericht der Schienen Control GmbH im Vorjahr 282 Millionen Reisende befördert, ein Zuwachs von rund vier Millionen gegenüber 2014. Die ÖBB-Personenverkehr verzeichnete um 1,2 Prozent mehr Reisende, die Privatbahnen 2,8 Prozent.

# Rot-Schwarz macht die Österreicher immer ärmer

## Bruttostundenlöhne sind seit 2010 um 1,1 Prozent gesunken

**D**ie Statistik Austria bestätigte letzte Woche die Kritik der FPÖ an der Koalition: Euro- und Wirtschaftskrise haben die Bruttoeinkommen der Österreicher gedrückt.

Jährlich verdienen die 2,4 Millionen in der Wirtschaft tätigen Österreicher real um 0,3 Prozent weniger als im Jahr davor. Das hat nun die Statistik Austria bestätigt. Laut deren jüngster Aussendung verdienen unselbständig Beschäftigte in der Privatwirtschaft 2014 im Mittel 13,87 Euro brutto pro Stunde. Im Vergleich zu 2010 stieg dieser Bruttostundenlohn nominal um 8,5 Prozent. Jedoch nach Abzug der Inflation bedeutete dies einen Einkommensverlust von 1,1 Prozent oder minus 0,3 Prozent pro Jahr.



Österreichs Arbeitnehmer verdienen real immer weniger.

### Faulste Regierung in der EU

Für den FPÖ-Budgetsprecher Hubert Fuchs ist das keine Überraschung: „Die EU-Kommission hat festgestellt, dass kein EU-Land

seit der Euro-Krise 2008 weniger Reformen umgesetzt hat als Österreich. So lange SPÖ und ÖVP so weiterwursteln, werden die Einkommensverluste steigen!“

## FPÖ verteidigt Wahlarzt-System

„Die Gesundheitspolitik ist keine Spielwiese für ideologische Scheuklappenpolitik, die Patienten sind keine Versuchskaninchen



für ideologische Laborversuche!“ – Mit diesen Worten reagierte FPÖ-Gesundheitssprecherin Dagmar Belakowitsch-Jenewein auf die Forderung des obersten Patientenanwaltes Gerald Bachinger und des SPÖ-Gesundheitssprechers Erwin Spindelberger, das Wahlarzt-System abzuschaffen.

Konsultiert ein Patient einen Arzt privat, dann kann er sich einen Teil des Honorars von der Krankenkasse zurückholen. Das ist den Genossen ein Dorn im Auge. Als „Staatssozialismus im Gesundheitswesen“ kritisierte Belakowitsch-Jenewein diesen Vorstoß.

Die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im Sinne der Patienten könne aber nur durch eine Stärkung des Hausarzt-systems und damit des freiberuflichen Berufsbildes der Mediziner gewährleistet werden, betonte die FPÖ-Gesundheitssprecherin. „Statt zum Hausarzt des Vertrauens, der seine Patienten oft seit Jahren kennt, würden die Patienten in roten ‚Primary Health Care Zentren‘ von dem Arzt behandelt, der gerade Zeit hat. Wir sind ja nicht an der Supermarkt-Kasse, wo es wurscht ist, wer kassiert“, erklärte Belakowitsch-Jenewein.

# Nicht unabhängig, sondern offiziell Rot-Grün

## FPÖ zweifelt an Transparenzangaben Van der Bellens nach offizieller SPÖ-„Sachspende“

Im Kautental wanderte Alexander Van der Bellen nur in Begleitung seines grünen Wahlkampfteams in den Stichwahlkampf. Mit der nunmehrigen Bekanntgabe der SPÖ, seinen Wahlkampf mit Überlassung von Dreiecksständern zu unterstützen, ist er offiziell rot-grüner Kandidat.

Die SPÖ wird den offiziell „unabhängigen“ Bundespräsidenten-Abschaffungskandidaten Alexander Van der Bellen im Wahlkampf unterstützen. „Viele unserer Funktionäre sind bereit, für ihn zu laufen. Dann wird es Plakatständer und ähnliches geben, aber keine unmittelbaren finanziellen Zuwendungen“, hatte bereits SPÖ-Kanzler Christian Kern die Präferenz der SPÖ-Parteispitze vorgegeben.

Nun bestätigte die SPÖ-Bundesgeschäftsstelle diese Ansage offiziell: Man werde Van der Bellen „organisatorisch und tatkräftig“, also mit „Manpower“, aber nicht finanziell helfen. Wahlkämpfer würden die Landesparteien in Niederösterreich, Kärnten, Tirol und Oberösterreich stellen. In Wien werde man

wie schon vor der ersten Stichwahl im Mai erneut Plakatflächen – sogenannte Dreiecksständer – zur Verfügung stellen.

### Rot-grüne Solidarität

„Alexander Van der Bellen ist jetzt offiziell der rot-grüne Präsidentschaftskandidat und hat seine eigenen Aussagen von wegen Unabhängigkeit einmal mehr öffentlich ad absurdum geführt“, kommentierte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl die Aussagen der SPÖ-Vertreter. Es sei auch schon bisher so gewesen, dass der Großteil der Wahlkampfkosten von den Grünen und nicht aus Einzelspenden von Bürgern finanziert worden sei, erklärte Kickl. Aber Sachspenden seien gemäß den gesetzli-



Wiener Plakatflächen als rote Wahlspende an Van der Bellen.

chen Bestimmungen, genauso wie Geldspenden, auszuweisen. Nur habe Van der Bellen für den Mai 2016 exakt nur 1.900 Euro angegeben, obwohl die SPÖ schon damals hunderte Dreiecksständer den Grünen überlassen habe. „Jetzt erwarte

ich mir aber eine detaillierte Auflistung des finanziellen Gegenwerts der überlassenen Werbeflächen sowie des Gegenwerts der Arbeitszeit der SPÖ-Funktionäre“, erklärte Kickl in Richtung der „grünen Fairness-Mahner“.

## FPÖ lehnt Glawischnigs „Asyl für Türken“ ab

Mit blankem Entsetzen reagierte der freiheitliche Bundespräsidenten-Abschaffungskandidat Norbert Hofer (Bild) auf die Aufforderung von Grünen-Chefin Eva Glawischnig, den nun von Staatschef Erdogan politisch Verfolgten aus der Türkei in Österreich Asyl zu gewähren.

„Nachdem in den vergangenen Jahren mit tatkräftiger Unterstützung der Grünen -zigtausende Türken nach Österreich geholt wurden – die meisten davon Erdogan-Anhänger –, wollen die Grünen jetzt auch die Erdogan-Gegner nach Österreich holen. Damit hätten die Grünen dann den innertürkischen Konflikt nach Österreich importiert“, wunderte sich Hofer über „das fehlende Überdenken der Konsequenzen“ durch die Vorsitzende der Grünen.

Wie Österreich dann in etwa aussehen würde, habe man bereits erfahren müssen, als bei „Pro-Erdogan-Demos“ in Wien kurdische Restaurants zerlegt und eine vermeintlich kurdische Feier gestürmt worden sei, zeigte Hofer die „ganze



Norbert Hofer kritisiert Grüne.

Absurdität der grünen Türkei-Politik“ auf.

Abgesehen davon bestehe keine Veranlassung, überhaupt irgendwelchen Türken bei uns Asyl zu gewähren, betonte Hofer. Er erinnerte die „glühende EU-Anhängerin Glawischnig“ daran, dass das sogenannte Assoziierungsabkommen der EU mit der Türkei türkischen Staatsbürgern ohnehin weitgehende Rechte einräume, die sie quasi mit EU-Bürgern gleichstelle. Angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Türkei sei dieses Assoziierungsabkommen, ebenso wie die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Türken, aussetzen.

## BMI hat kein Interesse an Zwangsheiraten

„ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka nimmt das Thema Zwangsheiraten und Kinderbräute anscheinend auf die leichte Schulter.“ – Diese Schlussfolgerung zog FPÖ-Frauensprecherin Carmen Schimanek (Bild) aus der (Nicht-) Beantwortung ihrer parlamentarischen Anfrage durch den Minister.

Sie wollte nämlich wissen, wie in Österreich mit dem Thema Zwangshochzeiten umgegangen wird. „In Deutschland und anderen europäischen Ländern hat sich dieses Problem mit der anhaltenden Einwanderungskrise verschärft und ist auch öffentlich diskutiert worden. Auch die SOS-Kinderdörfer beklagen die drastisch angestiegene Anzahl an zwangsverheirateten Mädchen in Asylwerberunterkünften“, erläuterte Schimanek.

Aber die Anfragebeantwortung Sobotkas offenbarte klare Defizite im Umgang der Bundesregierung mit diesem ernstesten Thema: Laut Innenminister werden Kinderehen in Österreich zwar staatlich nicht anerkannt, was an sich löblich ist,



Schimanek rügt Desinteresse.

aber darüber hinaus scheint die Regierung das Thema überhaupt nicht zu interessieren. Es gibt nämlich weder Statistiken zu minderjährigen Ehebräuten, ja nicht einmal dazu, wie viele alleinreisende minderjährige Mädchen in Österreich 2016 bisher aufgegriffen wurden, bemerkte Schimanek.

„In Österreich werden Kinderbräute und Zwangsehen, wie so vieles, offensichtlich ignoriert, und es wird wieder einmal eine heile Welt vorgegaukelt. Zum Wohle dieser Mädchen erwarte ich mir einen ernsthaften Umgang mit diesem Thema“, kritisierte die FPÖ-Frauensprecherin.



Harald Vilimsky

## Keine EU-Milliarden an Erdogan-Regime

Die FPÖ-Linie war immer klar und eindeutig: Kein EU-Beitritt der Türkei, folglich auch keine Beitrittsverhandlungen. Wie richtig das war, zeigt sich mit jedem Tag, an dem Erdogan seine islamische Präsidialdiktatur weiter ausbaut. Dieser Erkenntnis haben sich mittlerweile zahlreiche Politiker wie etwa Außenminister Sebastian Kurz oder Bundeskanzler Christian Kern spät, aber doch angeschlossen.

Ein absurdes Detail dieser ohnehin skurrilen Beitrittsverhandlungen blieb bisher weitgehend

unbeachtet: Das Erdogan-Regime erhält von der EU Milliarden an sogenannten „Vorbeitrittshilfen“. Zwischen 2007 und 2013 waren das 4,8 Milliarden Euro, im aktuellen Budgetplan (2014 bis 2020) sind weitere 4,5 Milliarden vorgesehen. Wohlgermerkt: Die Milliarden gehen an ein islamisches Regime, das Zehntausende in Gefängnisse wirft, gegen die Kurden im eigenen Land Krieg führt und ganz gezielt die türkischen Migranten benutzt, um auf den Straßen von EU-Ländern die Politik von Erdogans Partei AKP einzufordern.

Die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker stellte dazu nur lapidar fest: „Die Kommission hat keinerlei Entscheidung getroffen, um die Vorbeitrittshilfen an die Türkei als Reaktion auf die aktuellen Entwicklungen auszusetzen.“ – Eine moralische Bankrotterklärung. Für die FPÖ ist klar: Kein EU-Geld mehr an die Türkei und Stopp der Beitrittsverhandlungen!

## Südafrikaner rechnen mit korruptem ANC-System ab

Die südafrikanische Regierungspartei African National Congress (ANC) hat bei der Kommunalwahl vergangene Woche ihre größte Niederlage seit dem Ende des Apartheid-Systems 1994 erlitten. Sie konnte landesweit nur noch 54 Prozent der Stimmen erreichen.

Die Oppositionspartei Demokratische Allianz (DA) konnte erstmals außerhalb ihrer Hochburg Kapstadt deutlich an Boden gewinnen. So wurde sie in mindestens drei der sechs größten Gemeinden des Landes stärkste Kraft und gewann sogar erstmals zwei größere Gemeinden mit vorwiegend schwarzer Bevölkerung, darunter die nach dem legendären ANC-Führer benannte „Nelson Mandela Bay“. In der Region Tshwane, die Pretoria umfasst, bekam die DA ebenfalls die meisten Stimmen, aber keine Mandatsmehrheit.

Ausschlaggebend für diese herbe Niederlage waren die sich stetig verschlechternde Wirtschaftslage mit dem einhergehenden Anstieg

der Arbeitslosigkeit sowie die Korruptionsskandale bis hinauf in die Chefetage mit Staatspräsident Jacob Zuma. Der war zuletzt wegen eines millionenschweren Umbaus seiner Privatresidenz auf Steuerzahlerkosten zur Rückzahlung von 500.000 Euro verurteilt worden.

„Viel zu lange hat der ANC Südafrika mit absoluter Straffreiheit regieren können“, erklärte DA-Chef Mmusi Maimane. Er hat nun die Präsidentenwahl 2019 im Blick: „Der Wahlkampf beginnt jetzt!“



Wahlsieger Mmusi Maimane.

# Die Abhängigkeit d Wohlwollen des Tü

## Die Sozialdemokraten treibt die Angst um das Flü



Der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan – hier auf einer Parteiveranstaltung – spielt diese offen aus, sowohl in der Flüchtlingsfrage als auch bei den „Wah

**E**uropas Sozialisten wollen auf keinen Fall die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen. Österreichs Bundeskanzler Christian Kern wird wegen des FPÖ-Erfolgs eine innenpolitische Ausnahme zugestanden. Denn die Sozialisten brauchen das Flüchtlingsabkommen mit Ankara und die türkischstämmigen Wähler in der EU.

„In der Lage, in der wir jetzt sind, müssen wir jeden Gesprächskanal zur Türkei suchen“, sagte der SPD-Vorsitzende am Sonntag im ARD-„Sommerinterview“ in Berlin. Mit „der Lage“ meinte Gabriel in erster Linie das für Deutschland so wichtige Flüchtlingsabkommen mit der Türkei sowie die für die SPD so wichtige türkisch-stämmige Wählerschaft.

### Erdogan verhöhnt die EU

Während Gabriel das am Sonntagabend von sich gab, ließ sich in Istanbul der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan von einem Millionen-Publikum feiern. Auf die Sprechchöre seiner AKP-Anhänger „Wir wollen Exekutionen!“ erwiderte Erdogan: „Was will mein Volk? Die Todesstrafe! Das Parlament ist verpflichtet, sich damit zu befassen. Es darf die Stimme des Volks nicht ignorieren. Und das Europäische Parlament? Die EU? Sie sollen sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern.“

Heftig attackierte Erdogan auch Deutschland. „Wo ist die Demokra-

tie?“ fragte er, weil ihm eine Ansprache auf der türkischen Kundgebung in Köln vergangene Woche untersagt worden war. Wegen der vielen in Deutschland aufhältigen Sympathisanten der kurdischen Arbeiterpartei PKK warf er Berlin vor, Terroristen zu unterstützen. „Sollen sie die Terroristen nur ernähren, wie ein Bumerang wird es sie treffen“,



SPÖ-Kanzler Christian Kern und SPD-

# Der Genossen vom Ankerpremiere

Flüchtlingsabkommen und ihre Wählerschaft



Wahlung 2013 – weiß um seine Macht gegenüber der Europäischen Union und  
„Empfehlungen“ für die Auslandstürken in der EU.

tönte der Präsident. Zuvor hatte ein Abgeordneter der AKP und Berater des Staatschefs, Burhan Kuzu, über Twitter die Forderung des österreichischen Bundeskanzlers Christian Kern nach einer Suspendierung der EU-Beitrittsgespräche und der NATO-Mitgliedschaft der Türkei schroff zurückgewiesen: „Verpiss dich, Ungläubiger! Die EU sinkt schon, und die NATO ist auch nichts ohne die Türkei.“

Unter Europas Sozialisten vertritt Kern allerdings eine Außenseiterposition. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier

und sein luxemburgischer Kollege Jean Asselborn reagierten prompt und forderten mehr Zurückhaltung ein. Denn Deutschland und die EU brauchen Erdogan, um das Flüchtlingsabkommen am Leben zu erhalten. Nichts fürchten beide mehr als einen weiteren Flüchtlingsstrom aus der Türkei wie im Herbst 2015. Diesen hatte Ankara nicht nur zugelassen, sondern auch gefördert, um die Situation im eigenen Land zu entlasten und die EU unter Druck zu setzen.

## Türken wählen linke Parteien

Neben dem Flüchtlingsabkommen geht es auch um die Stimmen der türkischen Einwanderer. Bei der Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft war die SPD die treibende Kraft. An die 500.000 Türken in Deutschland wurde die Möglichkeit geboten, zugleich einen deutschen und einen türkischen Reisepass zu besitzen – und damit auch in beiden Ländern ihre politischen Vertreter wählen zu können. Laut einer Untersuchung des Meinungsforschungsinstitut „Data4U“ stimmten bei der Bundestagswahl 2013 bereits 64 Prozent der Deutschtürken für die SPD, jeweils zwölf Prozent für Grüne und Linke, nur sieben Prozent für Kanzlerin Angela Merkels CDU.



Vizekanzler Sigmar Gabriel (v.l.) braut  
Wähler Erdogans Wohlwollen.

## KURZ UND BÜNDIG



## Polygamie für Italiens Muslime

Die Union der islamischen Gemeinden und Organisationen in Italien (UCOII) hat mit einer Forderung für einen Aufschrei gesorgt: Italien solle die Polygamie für Muslime legalisieren. Vorausgegangen war dem die Legalisierung homosexueller Partnerschaften in Italien. „Wenn es hier um Zivilrechte geht, dann ist Polygamie ein Zivilrecht. Muslime sind mit homosexuellen Lebenspartnerschaften nicht einverstanden, und trotzdem müssen sie ein System akzeptieren, das sie erlaubt“, erklärte UCOII-Gründer Hamza Piccardo. Es bestehe daher keinerlei Grund, warum Italien Mehrfachehen von Personen, die damit einverstanden seien, nicht akzeptieren solle.

## Mehr Kinderbräute

In der Schweiz sind in den ersten sieben Monaten dieses Jahres bereits 119 Meldungen von im Land geschlossenen Zwangsehen mit Minderjährigen bei der Fachstelle Zwangsheirat eingegangen. Von diesen Ehen wurden 26 mit Mädchen abgeschlossen, die noch unter 16 Jahre alt sind. Die meisten Betroffenen stammen ursprünglich aus dem Irak, Syrien, Eritrea, Afghanistan und Somalia. Besonders erschreckend ist die Statistik bei den Zwangsheiraten mit unter 16-jährigen. Während heuer bereits 26 derartige Fälle gemeldet wurden, gab es in zwischen 2005 und 2015 insgesamt nur fünf Meldungen.



# Hollands Regierung und die Volksentscheide

Vier Monate sind vergangen, seit sich am 6. April mehr als 60 Prozent der Niederländer in einer Volksabstimmung gegen die Ratifizierung des EU-Assoziierungsvertrags mit der Ukraine ausgesprochen haben. Obwohl die Regierung von Ministerpräsident Mark Rutte (Bild) betont hatte, den Bürgerentscheid umzusetzen, bleibt unklar, wie das geschehen soll. Für Referendumsinitiator Thierry Baudet steht fest: „Rutte muss klarmachen, ob er das Referendum respektiert oder nicht. Man kann einen Vertrag nicht halb ratifizieren.“

Doch das strebt die Regierung an, um nicht einen Vertrag ganz zu Fall zu bringen, den die 27 anderen EU-Staaten bereits ratifiziert haben. Im Juni erklärte Rutte in Brüssel, dass sein Land auf eine „juristisch verbindliche Entscheidung“ bestehe, doch ließ er offen, was das genau bedeuten soll.

Und es braut sich in den Niederlanden bereits die Stimmung für eine nächste Volksabstimmung

zusammen. Seit dem Entscheid der EU-Kommission, das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada den nationalen Parlamenten doch zur Ratifizierung vorzulegen, sind mit CETA und dem noch viel umfangreicheren und umstritteneren EU-USA-Freihandelsvertrag TTIP die nächsten Referendumsvorlagen erkennbar. Und wie schon beim erfolgreichen Bürgerentscheid vom April haben sich auch dafür bereits wieder Koalitionen von rechts bis links der Mitte gesammelt.



Premier Rutte in der Zwickmühle.

## TERMINE

**14 Norbert Hofer in St. Andrä/Lavanttal**

Der freiheitliche Bundespräsidentenkandidat Norbert Hofer besucht am Sonntag, dem 14. August 2016, ab 18.00 Uhr des „Gackern-Fest“ in St. Andrä im Lavanttal (Loretowiese, 9433 St. Andrä/Lavanttal).

**17 FPÖ-Stammtisch auf der Schmelz**

Die FPÖ-Rudolfsheim-Fünfhaus lädt am Mittwoch, dem 17. August 2016, zum „Sommerstammtisch“ ins Schutzhaus Zukunft auf der Schmelz (verlängerte Guntherstraße, 1150 Wien). Beginn: 18.00 Uhr.

**18 Sommergespräch mit Domink Nepp**

Donaustädter „Sommergespräch“ im Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien) mit Wiens FPÖ-Klubobmann Dominik Nepp. Beginn: 19.00 Uhr.

**19 Sommerfest des WSR Brigittenau**

Die Brigittenauer Freiheitlichen Senioren des WSR laden am Freitag, dem 19. August 2016, zu ihrem Sommerfest im „Cafe Tina“ (Kampstraße 13, 1200 Wien). Musikbeitrag: 5 Euro. Beginn: 18.00 Uhr.

**24 Hauptversammlung Wiener Seniorenring**

Der Wiener Seniorenring (WSR) lädt am Mittwoch, dem 24. August 2016, alle ordentlichen Mitglieder zur 20. ordentlichen Hauptversammlung im „Lehar-Saal“ des Rathauskellers (Rathausplatz 1, 1010 Wien) ein. Beginn: 15.00 Uhr.

**25 Sommergespräch mit Johann Gudenus**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 25. August 2016, zum „Sommergespräch“ im Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien) mit FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus. Beginn: 19.00 Uhr.

## LESER AM WORT

**„Unabhängiger Kandidat“**

*Auch wenn Alexander Van der Bellen sich als unabhängiger Kandidat darstellt, so ist bei all seinen Handlungen klar, dass Frau Glawitschnig seine „politische Chefin“ ist, nach deren Pfeife der Herr Professor zu tanzen hat. Wenn er vor der Wahl etwas anderes behauptet, so wäre das nicht die erste „Wahlüge“, die uns von Politikern erzählt wurde. Vom EU-Beitritt bis zur „Mitbestimmung des Volkes“ in wichtigen Dingen“ wurde das Volk vor den Wahlen belogen – und nach den Wahlen waren alle Versprechen vergessen. Warum sollte es diesmal anders sein, wo doch die EU-Hörigkeit von Herrn Van der Bellen kein Geheimnis ist.*

**Stephan Pestitschek, Strasshof**



Foto: NFZ

**Vorbild Tschechien**

*Tschechiens Regierungschef Bohuslav Sobotka sorgt mit seinem Plan, bis Oktober nur 80 Migranten aus Syrien nach eingehender Sicherheitsüberprüfung aufzuneh-*

*men, für Ärger. Präsident Milos Zeman will einen kompletten Aufnahmestopp und sorgt damit für Wirbel. Und Tschechien ist sogar bereit, dafür EU-Sanktionen in Kauf zu nehmen. Wer also verantwortungsvoll mit seinem Land und seinen Bürgern umgeht, macht sich in der EU von heute Feinde? Während eine verantwortungslose Asylpolitik à la Merkel den Bürgern immer noch als das Non-Plus-Ultra verkauft werden soll?*

**Christian Stafflinger, Linz**

**Durchsichtige Aktion**

*Die Regierung will jetzt Hass bekämpfen – im Netz, wird vorsorglich hinzugefügt. In Anbetracht dieser Problematik gibt es nur ein Mittel gegen den Hass im Netz – die theoretische Maßnahme, Zugang zum Netz nur mit „hassüberprüfter“ Lizenz. Da sind wir dann bei Orwell – und ich erwähne es nur hypothetisch. Ein erstes Umdenken unserer Vordenker könnte sich in einer Erweiterung der so genannten Verbotsgesetze zeigen. Es wurde von Efgani Dönmez angeregt, ihren Tatbestand auch auf Islamismus auszuweiten. Darauf haben die Vordenker dröhnend geschwiegen. Das lässt mich vermuten, dass der Kampf gegen Hass im Netz ein weiterer Vorwand ist, unbequeme politische Mitbewerber zu diskreditieren.*

**Jürgen Jauch, Linz**

**Danke, Marlene!**

*Bisher hatte sich niemand aus der Salzburger Parteileitung sonderlich um uns Mitglieder gekümmert. Doch jetzt kam Marlene Svazek zu uns nach Eugendorf und sprach begeisternd eineinhalb Stunden zu uns. Sie trägt dazu bei, dass wir wieder ermutigt freiheitliche Politik unters Volk bringen.*

**Hermann Martinz, Eugendorf**

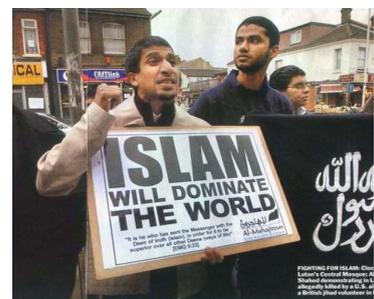


Foto: youtube.com

**Psyche oder Islam?**

*Wenn einer im belgischen Charleroi „Allahu Akbar“ ruft, dann geht das Rätselraten los. Ist dieser Mann, der zwei Polizistinnen köpfen wollte, ein Islamist? Bevor der IS den Mann nicht in einem Bekennerschreiben als Gotteskrieger beansprucht, sind die Behörden nicht sicher. Wahrscheinlich ist es eh wieder „nur“ ein psychisch gestörter Moslem, aber seine Tat hat nichts mit dem Islam zu tun.*

**Maria Klingler, Kirchdorf/Tirol**

Leserbriefe: [redaktion.nfz@fpoe.at](mailto:redaktion.nfz@fpoe.at)

Neue Freie Zeitung

**BESTELLSCHHEIN**

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9  
E-Mail: [jana.feilmayr@fpoe.at](mailto:jana.feilmayr@fpoe.at)

**Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):**

- Halbjahrespreis € 15,-       Jahrespreis € 30,-       Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-  
 Auslandsjahresbezug € 73,-       Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Bestellungen auch per E-Mail: [jana.feilmayr@fpoe.at](mailto:jana.feilmayr@fpoe.at)

Name: \_\_\_\_\_ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe\*: \_\_\_\_\_  
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: \_\_\_\_\_  
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt\*\*.

\* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

\*\* Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



# Konsequenzen nach Kindergarten-Skandalen

## FPÖ fordert Lösung unter Einbeziehung aller Landtagsparteien

Nach den Islamkindergärten jetzt das Aus für den Betreiberverein „Alt Wien“. Im Herbst stehen somit 2.300 Kinder und ihre Eltern ohne Kindergartenplatz sowie 300 Beschäftigten ohne Job da. Die FPÖ fordert eine rasche Lösung – im Interesse aller.

„Das fassungslos machende SPÖ-Debakel um die ‚Alt Wien‘-Kindergärten schließt nahtlos an den roten Förderungsskandal bei den islamistischen Kindergärten an. Das zeigt das gesamte Unfähigkeitspotential der Wiener Genossen auf“, empörte sich Wiens FPÖ-Landesobmann HC Strache.

### Dilettantische SPÖ-Stadträte

Nach Abweisung des von der FPÖ eingebrachten Verlangens auf einen Sonderausschuss forderte er umgehend die Einberufung eines „Runden Tisches“ im Interesse der 2.300 Kinder und ihrer Eltern so-



Der Protest zum Erhalt der Alt-Wien-Kindergärten ließ die SPÖ kalt.

wie der 300 Beschäftigten. „Wieder einmal haben lasche oder fehlende Kontrollen durch die Stadt ein hausgemachtes Fiasko auf dem Rücken Unschuldiger verursacht“, erklärte HC Strache. Der maßgeblich mitverantwortliche Ex-SPÖ-Stadtrat und nunmehrige SPÖ-Klubobmann Christian Oxonitsch nehme, um sein sattes fünfstelliges Gehalt zu retten, nur mehr zu Vorgängen Stellung, die nicht länger als

48 Stunden zurückliegen würden, kritisierte der FPÖ-Landesparteiobmann.

„Ich fordere daher SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl auf, sofort einen ‚Runden Tisch‘ zu diesem Thema einzuberufen. Eine rasche Lösung für die betroffenen Kinder und Eltern muss angesichts dieses dilettantischen SPÖ-Personals sofort zur Chefsache erklärt werden“, appellierte HC Strache an Häupl.

## Nächster Skandal bei „Wiener Wohnen“

In Wien sind zigtausende Mieter berechtigt, die sogenannte Wohnbeihilfe der MA 50 zu beziehen. Es handelt sich dabei vorwiegend um sozial schwache Mieter mit geringem Einkommen sowie Alleinerzieher und behinderte Menschen.

Diese staunten nicht schlecht, als sie zu Monatsbeginn Erlagscheine ihrer Vermieter in den Postkästen fanden, die für sie unleistbare Beträge für den Monat August einforderten. Zur Erklärung: Die Wohnbeihilfe wird von der MA 50 direkt an die Vermieter überwiesen, diese stellt den Mietern dann nur noch den Restbetrag nach Abzug der bereits ausbezahlten Wohnbeihilfe in Rechnung.

„Das dürfte für den August so richtig schief gegangen sein. Zahlreiche Mitglieder des Österreichischen Mieterschutzringes (ÖMR) haben angefragt, was sie nun tun sollen“, berichtet der Vorstandsvorsitzende des ÖMR, Alfred Wansch. So sollte ein Mieter anstatt wie sonst 309 Euro diesmal gar 493,51 Euro bezahlen.

Besonders empörte ihn die Mauer, die „Wiener Wohnen“ und MA 50 sich zu diesem Fehler gegenseitig machen. Wansch rät daher betroffenen Mietern, nur die normale Miete zu bezahlen und von „Wiener Wohnen“ eine Richtigstellung der Mietvorschrift für den August 2016 einzufordern.



„Wiener Wohnen“ lässt die Mieter einmal mehr im Regen stehen.

## WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Erinnern Sie sich? Als die Frau Trump vor ein paar Wochen eine Rede für ihren seltsamen Mann hielt, haben sich alle Fernsehstationen und Zeitungen vor Spott überschlagen. Weil die Dame nämlich fast wörtlich den Text der Frau Obama nachgeplappert hat, den diese zum Amtsantritt ihres Gemahls gehalten hat.

### Kopien

Na, und so zirka vor einem Jahr hat's ein Fest der FPÖ im großen Hof des Rathauses gegeben, und HC Strache hat unter anderem über die unsägliche Willkommenspolitik der Regierung gesprochen. Flüchtlinge haben damals unkontrolliert unser Land überschwemmt, und was er darüber so gesagt hat – na mehr hat er nicht gebraucht.

Am nächsten Tag waren die Zeitungen voll mit Entsetzensrufen über die bösen Bemerkungen des Leibhaftigen in den heiligen Mauern der Häupl-Residenz.

Und jetzt? Keiner macht sich lustig über die Herren Kern, Kurz & Co. Die plappern nämlich, welche seltsame Gleichheit der Fälle, den vor einem Jahr so verdammten Text des HC Strache beinahe Wort für Wort nach.

Es erinnert mich an die Vander-Bellen-Werbung mit der „Heimat“ und all den anderen nachempfundenen Hofer-Sagern.

Aber Sie kennen ja das alte Sprichwort: Oft kopiert, nie erreicht.

OBERÖSTERREICH **Sicherheit für Wels**

Unter dem Motto „Mit Sicherheit für Wels“ ziehen die Welser Einsatzorganisationen und die politischen Entscheidungsträger gemeinsam für die Welser Bevölkerung an einem Strang. „In regelmäßigen Gesprächen mit der Polizei, dem Roten Kreuz und der Freiwilligen Feuerwehr Wels werden relevante Themen besprochen und notwendige Entscheidungen getroffen“, erklärte FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl. So wurde zwischen der Stadt und dem Stadtpolizeikommando eine verstärkte Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich vereinbart.

BURGENLAND **Neue FPÖ-Ortsgruppe**

Unter der Leitung des geschäftsführenden FPÖ-Bezirksobmannes Herbert Adelmann fand Anfang August im Gasthaus Marth im burgenländischen Stadtschlaining die Sitzung zur Ortsgruppengründung Stadtschlaining-Weiden bei Rechnitz statt. Mit 100 Prozent der Stimmen wurde Benjamin Walka zum Ortsparteiobmann gewählt.



Benjamin Walka

VORARLBERG **Grüne gegen FPÖ**

Als Reaktion auf die jüngste Pressekonferenz der Grünen verteidigte der Landesparteiobmann der Vorarlberger FPÖ, Reinhard E. Bösch, die Bemühungen freier Medien, im Rahmen der Berichterstattung zu Vorfällen mit Ausländern die Wahrheit darzustellen. „Dies ist umso mehr notwendig, als in diesem Bereich von Systemmedien und Regierungsstellen nachweislich die Wahrheit verschwiegen wird“, erklärte Bösch. Anstatt sich endlich einmal um die wahren Probleme der Menschen in unserem Land zu kümmern, würden sich die Grünen lieber mit Hetze gegen den politischen Mitbewerber im Internet beschäftigen, betont der FPÖ-Landesparteiobmann. Bösch vermutet als eigentliches Motiv hinter den Grünen Angriffen den anhaltenden Erfolg der Freiheitlichen in den Sozialen Medien.

**„Top-Team-Affäre“: Haben rote Politiker bei Justiz Narrenfreiheit?**

FPÖ kritisiert Weisung an Staatsanwaltschaft zu weiteren Erhebungen

**Die Weisung der Oberstaatsanwaltschaft Wien, in der SPÖ-Causa „Top Team“ keine Anklage zu erheben, sondern weiter zu ermitteln, stößt auf heftige Kritik der Freiheitlichen.**

Für den Kärntner FPÖ-Landespartei sekretär Ewald Mödritscher zeichnet sich damit ein desaströses Bild der Justiz rund um eine mögliche Anklage gegen SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser ab, der in die Bevorzugung einer SPÖ-nahen Werbeagentur durch SPÖ-Landesregierungsmitglieder verwickelt sein soll.

**Fragwürdiger Mehrwert**

„In der ‚Causa Top Team‘ hat man zu Recht das Gefühl, dass die Justiz in Österreich mit zweierlei Maß misst. Ähnlich wie in der Inseratenaffäre des ehemaligen SPÖ-Bundeskanzlers Werner Faymann sollen nun in diesem

KÄRNTEN 

Foto: NFZ

SPÖ-Landeshauptmann Kaiser im Zentrum „weiterer Ermittlungen“.

Fall Wahlwerbegeschenke der SPÖ Kärnten einen Mehrwert für das Land Kärnten darstellen und somit der Ankauf mit Steuergeld gerechtfertigt sein“, wunderte sich der FPÖ-Landespartei sekretär zur fragwürdigen Weisung der Ober-

staatsanwaltschaft. Wenn Landeshauptmann Kaiser nur durch eine politisch anmutende Weisung einer Anklage entgehen kann, sollte er sich selbst die Frage stellen, ob er das gegenüber der Kärntner Bevölkerung wirklich vertreten kann.

TIROL **Überdosis „Natura 2000“**

Die EU-Umweltkommission ist mit den bisherigen Nominierungen für das Umweltschutzprogramm „Natura 2000“ in Tirol nicht zufrieden. Daher hat Umweldachverbandpräsident Franz Maier nun gefordert, dass Tauernbach, Kalserbach und Schwarzach in die Schutzgebietskulisse einbezogen



Foto: Facebook

Gerald Hauser warnt vor übertriebenem Umweltschutz.

werden sollen. Für den Osttiroler FPÖ-Abgeordneten Gerald Hauser eine völlig überzogene Forderung: „An einer Überdosis Natura 2000 kann der Patient auch einmal sterben.“

Große Gebiete des Bezirks Linz, nämlich 30,25 Prozent von Osttirol seien bereits 1995 – ohne Einbindung der Bevölkerung – mit dem Nationalpark Hohe Tauern unter „Natura-2000“-Schutz gestellt worden, argumentierte Hauser: „Der verbleibende Rest Osttirols muss zum Wirtschaften übrig bleiben.“ Weitere Ausweisungen wollten weder die Bevölkerung noch die Gemeinderäte. Denn „Natura 2000“ bedeute eine Einschränkung der Möglichkeiten für Infrastruktur, erklärte Hauser. Er kritisierte die Landes-ÖVP, weil deren Teilorganisationen Osttirol in Brüssel „angeschwarz“ hätten. Und das, obwohl die ÖVP stets behauptete, sich für die Entwicklung des ländlichen Raums einzusetzen.

NIEDERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Wiener Neustadt

**Hofübergabe in Wiener Neustadt**

„Hofübergabe“ des Sicherheits- und Sportressorts in Wiener Neustadt. Weil Markus Dock-Schnedlitz in den Generalstabslehrgang aufgenommen wurde, übernimmt mit September 2016 der FPÖ-Landtagsabgeordnete Udo Landbauer dessen Funktion.

„Ich freue mich auf diese neue Herausforderung als Sicherheits- und Sportstadtrat!“, sagt Landbauer. Im Bereich der Sicherheit wolle er den eingeschlagenen FPÖ-Erfolgsweg in der Bezirksmetropole weiterführen, und beim Jugend- und Breitensport will ich unsere Stadt zur ‚Nummer 1‘ machen!“

SALZBURG



Millionen-Villen werden subventioniert, daher ist der Wohnbauförderungstopf in Salzburg bereits leer geräumt.

# Wohnbauförderung an die Wand gefahren

Landesrat Mayr ist nach Skandal für Salzburg nicht mehr tragbar

**Die neue Wohnbauförderung schenkt Häuslbauern bis zu 55.000 Euro. Daher vervierfachen sich die Anträge, jedoch ist nun das Budget aufgebraucht.**

„Landesrat Hans Mayr hat die Wohnbauförderung nicht im Griff!“, kritisierte FPÖ-Landespartei-Vize Volker Reifenberger. Das neue Wohnbauförderungsgesetz sei in mehreren Punkten verfehlt. „Das Vergessen von Obergrenzen für zu fördernde Immobilien ist ein legislatischer Schnitzer, der einfach nicht passieren darf“, kommentierte Reifenberger, dass mehrere Einfamili-

enhäuser mit Kosten von mehr als einer Million Euro subventioniert werden. Den Antragstellern sei kein Vorwurf zu machen, sie hätten nur die gesetzlichen Möglichkeiten in Anspruch genommen. Jedoch müsse die Politik dort fördern, wo sich die Menschen alleine keinen Wohnraum mehr leisten könnten.

## Fördertopf ausgeschöpft

„Es ist auch ungerecht, zu sagen, dass es in diesem Jahr keine Wohnbauförderung mehr gebe, weil der Fördertopf leer sei“, warnte Reifenberger. Die Folge wäre, dass in Zukunft nur noch jene in den Ge-

nuss der Förderung kommen, die am 1. Jänner einen hochprofessionellen und von einem teuren Fachmann erstellten Förderantrag einbringen oder „gute Beziehungen“ zum Land hätten. Die anderen fielen um die Förderung dann gänzlich um.

„Die Politik hat eine finanzierbare Förderung für alle sicherzustellen, die aufgrund der hohen Immobilienpreise in Salzburg selbst nicht in der Lage sind, sich ein Eigenheim zu finanzieren. Wir entziehen daher Mayr das Vertrauen und fordern ihn zum Rücktritt auf“, erklärte Reifenberger.

# Finanzpolizei aufstocken

Eine schriftliche Anfrage des freiheitlichen Bundesrates Christoph Längle an den Finanzminister hat ergeben, dass allein im Jahr 2015 rund 430 Strafanträge in Vorarlberg durch die Finanzpolizei eingebracht wurden. Davon wurden 210 Strafanträge einzig wegen illegaler Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen verzeichnet. Weiters wurden rund 684 ausländische Personen, die mutmaßlich illegal tätig sind, festgestellt.

„Die FPÖ hat bereits mehrmals gefordert, dass der heimische Ar-

beitsmarkt und mit ihm die heimische Wirtschaft geschützt gehören. Das ist in Vorarlberg unmöglich, da nicht einmal 16 Personen bei der Finanzpolizei im Bundesland eine Vollzeitstelle haben, denen pro Monat acht Überstunden erlaubt sind“, empörte sich Längle. Es sei höchste Zeit, dass hier gehandelt und der Sparstift in diesem Bereich zur Seite gelegt werde. „Die Aufstockung der Finanzpolizei in Vorarlberg wäre daher ein Schritt in die richtige Richtung“, fordert der FPÖ-Bundesrat.

VORARLBERG



FPÖ fordert mehr Finanzpolizeibeamte für Vorarlberg.



LÄNDER-SACHE

Marlene Svazek  
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Die Grünen landen in der Salzburger Landesregierung einen Bauchfleck nach dem anderen: Sei es die verfehlt Raumordnungspolitik, das verkehrsbehindernde Tempo 80 auf der Autobahn oder die 380-kV-Stromleitung.

## Grünes Unverständnis

Erschreckend sind jedoch die Methoden, mit denen sie versuchen, ihre Inkompetenz zu vertuschen. Grundsätzlich einmal ist es mehr als verwunderlich, wenn eine grüne Fahrradaktivistin wie Landesrätin Astrid Rössler ihr Wahlversprechen, das Verhindern einer Stromautobahn quer durch die schöne Bergwelt Salzburgs, nicht einhält. Alleine damit disqualifiziert sie sich selbst.

Problematisch sehe ich hierbei das merkwürdige Politikverständnis der Grünen, jene Gutachten, die ihnen nicht ins Konzept passen, einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Man gibt also so lange neue, teure Expertisen in Auftrag, bis das Ergebnis ins ideologische Weltbild passt. So wurden beim Autobahn-80er sowohl das Gutachten des renommierten Verkehrsexperten Gerhard Kronreif als auch die Unfallstatistik der Autobahnpolizei völlig außer Acht gelassen und lediglich unvollständige Erhebungen beigezogen.

Noch gravierender ist das Fehlverhalten Rösslers bei der 380-kV-Leitung. Der Gutachter wurde für befangen erklärt und eine neue Expertise in Auftrag gegeben. So kann Politik nicht funktionieren.

Statt sich weiterhin nach Belieben über Gutachten und den Willen der Bevölkerung hinwegzusetzen, sollten die Grünen ihre Unfähigkeit zur Kenntnis nehmen und den Weg für engagierte Freiheitliche frei machen!

GEZWITSCHER



Mario

@iMarioR



Wie jetzt, der #Kern glaubt tatsächlich unter den Türken haben sich Parallelgesellschaften gebildet? Ein Wunderwuzzi!!

04.08.16 06:45

Der plötzliche Meinungswandel von SPÖ-Bundeskanzler Kern stellt die Österreicher vor ein Rätsel: ernst gemeint oder „situationselastisch“?

Miriam Oezen

@miriam\_oezen



#Erdogan instrumentalisiert die hier lebenden Türken, wie das ausgeht kann sich jeder Dumme ausrechnen! Was nun, Frau Merkel? #MerkelRücktritt

07.08.16 22:05

Die nächste Zuwanderungsfalle geht auf: Nach der Flüchtlingschwemme nun alteingesessene Integrationsprobleme.

WHATSAPP



Donnerstag

Die Grünen wollen Asyl in Österreich nun auch für türkische Erdogan-Gegner. Eine absurde Idee, findet unser Bundespräsidentenskandidat Norbert Hofer. Hier lest ihr mehr dazu: www.wbca.st/zkwJzw

09:29

„Wir müssen endlich erkennen, dass man die Spreu vom Weizen trennen muss.“ - Das sagt der ehemalige Grünen-Bundesrat Ergani Dönmez der Neuen Freien Zeitung auf die Frage, wie „türkische Verhältnisse“ in Österreich verhindert werden können. Das ganze Interview gibt's hier: www.wbca.st/utFD3w

14:44

GEFÄLLT MIR



HC Strache

21.04.2015

Wieder Messerattacke in Linz. Ein Syrer ging grundlos auf einen Linzer los. Es reicht!



An der Donaulände: Wieder Messerattacke mitten in Linz

1.564 Personen gefällt das.

Die lebensgefährlichen Folgen der „Willkommenspolitik“ erreichen jetzt auch verstärkt Österreich. Aber SPÖ, ÖVP und Grüne ziehen keine Lehren daraus.

# SPÖ und ÖVP schnapsen sich den ORF-Generaldirektor aus

## SPÖ-Kandidat Wrabetz mit hauchdünner Mehrheit wiedergewählt

**I**m ORF-Stiftungsrat haben SPÖ und ÖVP noch eine Mehrheit wie zur Hochblüte der großen Koalition – und nutzen das auch weidlich aus.

Der von der SPÖ unterstützte amtierende ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz (Bild) wurde am Dienstag vom ORF-Kuratorium mit 18 von 35 Stimmen wiedergewählt. Sein ÖVP-Konkurrent und bisheriger Finanzchef Richard Grasl erzielte 15 Stimmen.

### Letzter Postenschacher

„Die Wiederwahl von Alexander Wrabetz zum Generaldirektor des ORF ist eine vertane Chance, statt eines notwendigen Neubeginns für den ORF“, kommentierte FPÖ-Generalsekretär und Mediensprecher



ORF-General von Gnaden der Roten, Grünen und Neos.

Herbert Kickl die Entscheidung des ORF-Stiftungsrates. Das bedeute im Wesentlichen, dass strukturell alles beim Alten bleibe und notwendige Reformen zugunsten einer rot-grün-rosa Postenpackelei geopfert wurden. „Alles in allem ein trauriger Tag für den ORF und ein letzter Erfolg eines sich außerhalb der Eliten längst überlebt ha-

benden rot-schwarzen Postenschachers“, bemerkte Kickl.

Als „absolut absurd und undemokratisch“, kritisierte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache dem Umstand, dass Schwarz und Rot bei einem Wahlergebnis von 52 Prozent mehr als 90 Prozent der Sitze im Stiftungsrat innehätten und so den ORF kontrollierten.

## FPÖ IN DEN MEDIEN

Verlässliche Politik für die Österreicher zahlt sich aus. Die FPÖ verfügt mittlerweile über den größten Anteil an „Stammwählern“, wie „Der Standard“ berichtet. In der Steiermark, wo die Zahlen für diese Studie der FH Joanneum in Graz gewonnen wur-

den, war vor allem die ÖVP Leidtragende der Wählerwanderung. Fazit der Zeitung: „Die ÖVP rinnt in Richtung FPÖ aus“.

In Vösendorf (NÖ) sollte ein 160 Meter hoher Turm, der „Süd-Tower“, errichtet werden, was trotz umfangreicher Planung an der Bauordnung schei-

terte. Der folgende Rechtsstreit kostete die Gemeinde 18 Millionen Euro. Viel zu viel, befindet Niederösterreichs FPÖ-Obmann Christian Höbart, der die Causa bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft anhängig machte, wie „Österreich“ berichtet.



### Staatsanwaltschaft ist eingeschaltet

**Süd Tower: FPÖ ortet Korruption und Untreue**



Verpflichtungsumme unter jährlich 250.000 Euro FPÖ-Gebühren werden gefordert. Nun soll die Staatsanwaltschaft prüfen, ob angeklagt werden kann. Höbart: „Wir sind entschlossen, die Angelegenheit bis zum bitteren Ende zu verfolgen.“

**NEU \* NEU \* NEU**

**FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI**

**Das Whatsapp-Service der FPÖ: bequem, kostenlos und jederzeit kündbar**

**ANMELDUNG UNTER WWW.FPOE.AT/WHATSAPP**

WhatsApp chat interface showing a message from FPÖ: "zul. online heute um 14:51". Below the message is a photo of HC Strache with a thumbs up and the text "BÜRGERKANZLER".

# FPÖ Suben bestätigt ihren Obmann mit 100 Prozent

Beim jüngst stattgefundenen Ortsparteitag der FPÖ Suben (Oberösterreich) wurde Andreas Zauner mit 100 Prozent der Stimmen wieder zum Ortsparteiobmann gewählt. In Anwesenheit des Bezirksparteiobmanns, FPÖ-Abgeordnetem Hermann Brückl, wurden auch Manuel Boxrucker zum Obmann-Stellvertreter und Margit

Weikinger zur Schriftführerin gewählt. Als Finanzreferentin fungiert Sandra Zauner, die dieses Amt von Christine-Barbara Empacher übernimmt, mit ihrem Stellvertreter Daniel Boxrucker. Zauner freute sich über das große Vertrauensvotum und nahm dieses als Auftrag, den Erfolgsweg der FPÖ in Suben fortzusetzen.



Bezirksparteiobmann Hermann Brückl (l.) gratulierte Andreas Zauner (Bildmitte) und der Subener FPÖ-Parteiführung.



Landeschef Haimbuchner (r.) mit Jubilarin Pachler und Ehemann.

## Zum 70er gratulierte auch der Landesparteiobmann

Hoher Besuch stellte sich Ende Juli bei der langjährigen FPÖ-Gemeinderätin Maria Anna Pachler aus Straß im Attergau ein. Der freiheitliche Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner war im Rahmen der „Regionaltour“ in der Gegend und ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, um der engagierten Gemein-

derätin und FPÖ-Funktionärin zum 70. Geburtstag zu gratulieren. Mit einer Einladung zum Mittagessen bedanke sich Haimbuchner für die vielfältige Arbeit, die Frau Pachler in der Parteiorganisation der Freiheitlichen in Straß wie auch in der Bezirkspartei geleistet hat. Dabei wurden nette Erinnerungen ausgetauscht.



**FREIHEITLICHE  
JUGEND  
OBERÖSTERREICH**

### UNSER ANGEBOT:

Du willst als Mädchen kein Opfer und kein Freiwild sein? Du willst als junger Mann beschützen und nicht zusehen müssen? Werde aktiv: Jetzt die Gratis-Selbstverteidigungskurse des RFJ besuchen!

Jetzt dran bleiben: Finde die aktuellen Termine auf unserer Facebookseite: [fb.com/rfj.ooe](https://www.facebook.com/rfj.ooe)

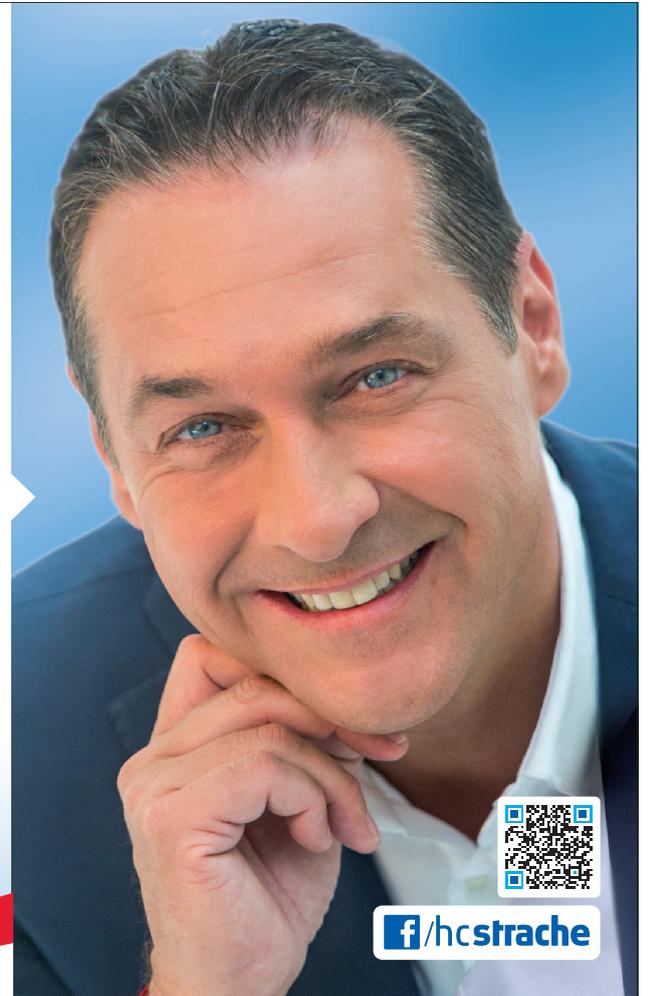


**Mag. Michael Raml  
RFJ Landesobmann**

TOP-TV-Termin:  
**HC Strache im  
„Sommergespräch  
2016“**

Montag, 22. August 2016  
21.05 Uhr, ORF 2

www.FPOE.at



+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++



## Österreich zuerst - 60 Jahre FPÖ 1956 - 2016

In dieser Publikation blicken wir zurück auf die sechzigjährige Geschichte einer Partei und die bald zweihundertjährige einer Gesinnungsgemeinschaft. Dieser Rückblick auf 60 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs beginnt im Hier und Heute und arbeitet sich zurück in die Vergangenheit.

Zuerst blicken wir auf die „Ära Strache“, die ein gutes Jahrzehnt von 2005 bis 2016 umfasst. Dann ist da die Zeit der Regierungskoalition mit der Volkspartei von 2000 bis 2006, die wir als zweites betrachten. Als drittes vergegenwärtigen wir uns die Ära des Aufstieges der FPÖ unter Jörg Haider von 1986 bis zum Jahre 2000. Danach als viertes Kapitel die Regierungszusammenarbeit mit der Sozialdemokratie unter Norbert Steger. Und schließlich im fünften Kapitel die Gründung und die Einfügung der FPÖ in das politische System der Zweiten Republik zwischen 1956 und 1989. Zu guter Letzt skizzieren wir noch den historischen Weg des national-freiheitlichen Lagers von seinen Anfängen der Habsburger Monarchie, über die schwierigen Jahre der Ersten Republik bis hin zur Gründung der FPÖ.

**GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:**

Friedrich Schmidt Platz 4, 1080 Wien

Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: [bildungsinstitut@fpoe.at](mailto:bildungsinstitut@fpoe.at)